

Staat und Recht im Imperialismus

Konservative Kritik an der bürgerlichen Demokratie — Ausdruck der politischen Entwicklung nach rechts

Prof. Dr. sc. *EKKEHARD LIEBERAM*,
Institut für Theorie des Staates und des Rechts
der Akademie der Wissenschaften der DDR

Die Tendenzwende zum Konservatismus, die sich seit Mitte der siebziger Jahre in der bürgerlichen Herrschaftsideologie vollzogen hat, ist durch eine anhaltende autoritäre Kritik an der bürgerlichen Demokratie gekennzeichnet. Dabei gibt es den Rückgriff auf traditionelle antidemokratische Konstruktionen, aber auch neue Argumentationslinien. Diese „Demokratiemodernisierung“ ist im Rahmen der verschiedenen bürgerlichen Demokratiekonzepte keine Konzeption unter anderen. Sie ist dasjenige Konzept, das von den großen Unternehmerverbänden, von den Denkfabriken und Stiftungen der USA-Konzerne sowie von einflußreichen kapitalistischen Pressekonzernen offen favorisiert wird.¹

Das Hervortreten konservativer Kräfte in der Staatspolitik wie auch in der Staatslehre des Imperialismus ist eng mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch konservative, z. T. sogar ausgesprochen rechtskonservative politische Gruppierungen verbunden. Vor allem in den USA, in Großbritannien und in der BRD haben die konservativen Kräfte damit ihren dominierenden Einfluß auf die Gesellschaftsstrategie verstärkt. Wie der Konservatismus insgesamt „unmittelbarer Ausdruck der Lage, der Interessen und Eigenschaften der imperialistischen Bourgeoisie“ und „die politisch-ideologische Hauptkraft der Rechtsentwicklung“ ist², so ist die konservative Demokratiekritik Symptom und Grundlage für eine Hinwendung zu autoritären Formen und Methoden der Herrschaftsausübung. Sie prägt maßgeblich die Diskussionen um die Zukunft „der Demokratie“ in der politischen Publizistik. Sie übernimmt es, die Anwendung antidemokratischer Maßnahmen gegen die demokratischen Protestbewegungen ideologisch und propagandistisch abzustützen. Die konservative Demokratiekritik ist schließlich die konzeptionelle Basis für unterschiedliche Gesetzgebungsprogramme in den verschiedenen kapitalistischen Industrieländern zur Einschränkung demokratischer Rechte.

„Demokratie“ als angebliche Ursache politischer Labilität

Typisch für die konservative Demokratiekritik ist, daß sie aus der Sicht der herrschenden imperialistischen Kreise die Demokratiefrage direkt in Beziehung zu den andauernden ökonomischen und politischen Krisenerscheinungen in den Ländern des Kapitals setzt. Der schweizerische Politologe D. Frei meint: „Internationale Tendenzen wie Inflation und Rezession, monetäre Instabilität und Rohstoffverknappung usw. wirken unweigerlich und kaum gedämpft über alle Schlagbäume und Grenzen herein, und sie belasten die politischen Strukturen mit Problemen in solcher Zahl und von solchem Gewicht, daß sie die Leistungsfähigkeit dieser Strukturen ernsthaft in Frage stellen. ... Der Satz, die westlichen Demokratien seien überfordert und hätten die Grenze ihrer Regierbarkeit erreicht — dieser Satz bezeichnet nicht etwa düstere Ahnung, sondern trifft als nüchterne Diagnose haargenau die Wirklichkeit.“³

Konservative Ideologen sind bemüht, die Labilitätserscheinungen im politischen System des Imperialismus hervorzuheben, ja hinsichtlich ihrer Schärfe überzubetonen, geradezu zu dramatisieren. Davon ausgehend suchen sie die bürgerliche Demokratie selbst als wesentliche und als beeinflussbare Ursache politischer Instabilität hinzustellen und ihre derzeitige Struktur und Funktionsweise zu attackieren.

Während in der Realität das Repressionspotential des kapitalistischen Staates entschieden ausgeweitet wird und die

Angriffe auf die demokratischen Rechte zunehmen, suchen Konservative den Eindruck zu erwecken, die „Schrankenlosigkeit“ der bürgerlichen Demokratie mache diese so schwächlich und schwerfällig, daß sie in den derzeitigen harten Zeiten nicht bestehen könne. Man stellt die bürgerliche Demokratie als Staatsform zwar nicht direkt und nicht grundsätzlich in Frage, verlangt jedoch entscheidende Veränderungen ihrer Institutionen, ohne dabei in aller Regel allzu konkret zu werden. Die „westlichen Demokratien“ seien wohl nicht „mehr in Form“, dennoch aber durchaus wieder „regierungsfähig“ zu machen⁴, wenn die ordnungspolitischen Vorschläge der Konservativen berücksichtigt werden. „Das Grundthema lautet, daß die Vielregiererei, die immer beängstigendere Formen annimmt, eine unbeabsichtigte Folge des bestehenden Systems unbeschränkter Demokratie ist, daß es gewissermaßen der besonderen Form, die wir demokratischen Regierungen gegeben haben, inhärent ist und daß wir dieses explosive Wachstum nur verhindern und, wenn es schon dringend notwendig ist, wieder rückgängig machen könnten, wenn wir unsere Institutionen in entscheidender Weise ändern.“⁵

Die „positive“ und die „negative“ Seite der bürgerlichen Demokratie

Unter den herrschenden imperialistischen Kreisen wächst nicht ohne Grund die Beunruhigung, daß die vielfältigen, zunehmenden Protestaktionen gegen ihre antisozialen Krisen- und militärischen Hochrüstungsprogramme sich zur anti-imperialistischen Massenbewegung ausweiten. Sie setzen auf die Konservativen, weil diese angesichts der Verschärfung des Widerspruchs zwischen den „demokratischen Bestrebungen und der antidemokratischen Tendenz der Trusts“⁶ vorbehaltlos als Befürworter der antidemokratischen Tendenz auftreten und mit der Strategie konform gehen, möglichst im Rahmen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie weiterzuregieren, aber diese zugleich noch entschiedener als bisher gegen die Arbeiterklasse und gegen demokratische Bewegungen abzuschotten.

Kern der konservativen Plattform ist eine Aufspaltung der bürgerlichen Demokratie in eine „positive“ und eine „negative“ Seite. Selbst der sog. realistische Demokratie-begriff, d. h. die der Realität im Imperialismus angepaßte Bestimmung „der Demokratie“ als „Methode“, als das Vorhandensein bestimmter „demokratischer Spielregeln“ wird dabei attackiert. Die Demokratie, so warnt der US-amerikanische Staatswissenschaftler S. Huntington, werde maßgeblich „von der inneren Funktionsweise des demokratischen Prozesses“ selbst bedroht.⁷ Der BRD-Politologe P. Graf Kielmansegg nimmt die These von der Doppelwertigkeit „der Demokratie“ zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen. Die „Regeln der Demokratie“ sind danach „auf eine höchst gefährliche Weise ambivalent“. Insoweit diese Regeln das politische System legitimieren und ihm eine gewisse „Massenloyalität“ verschaffen, sind sie positiv zu beurteilen. Da sie aber zur gleichen Zeit „Regierung an die Zustimmung der Regierten binden, ... beeinträchtigen sie die Fähigkeit des politischen Systems, Probleme zu lösen“.⁸

Tatsächlich hindern nicht die Volksmassen (die Regierten) den kapitalistischen Staat, anstehende politische und soziale Probleme zu lösen. Das zur gesamtgesellschaftlichen Planung untaugliche kapitalistische Gesellschaftssystem impliziert vielmehr eine Staatspolitik, die sich eben nicht an den Interessen der werktätigen Bevölkerung, sondern an den Profitinteressen der Monopole orientiert.

Warum werden dann aber die Volksmassen an den Pranger gestellt? Dies geschieht, weil sie sich gerade in Krisenzeiten, da ihre demokratischen Rechte und sozialen Belange im besonderen Maße bedroht sind, weniger denn je mit diesem Zustand abfinden. Es geht hier nicht nur um ein politisches Ablenkungsmanöver, sondern um das Bemühen, Widerstandsaktionen gegen Sozialabbau und Hochrüstung als negativ, störend und allenfalls halblegitim zu diskreditieren.